

Stellungnahme zu TOP Ö 2 des Gemeinderats am 20.11.2023

Sicherheit in Offenburg – Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes und Sicherheitsaudit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens, sehr geehrter Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Adelman, meine Damen und Herren,

die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes 2, „Sicherheit in Offenburg – Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes“ nimmt bereits das Wesentliche vorweg: Es geht um die Sicherheit in unserer Stadt, die mit dem Beschlussantrag der Verwaltung erhöht werden soll.

Die Diskussion über die hiesige Sicherheitslage hatte nach den jahrelangen Debatten über Pfählerpark und ZOB mit den Vorkommnissen am Ölberg schon seit Beginn des Sommers wieder an Fahrt aufgenommen. In der von uns Grünen beantragten aktuellen Stunde zur Situation dort wurde der KOD dann nach längerer Pause erstmals wieder thematisiert.

Die Entscheidung über den KOD haben wir nun heute zudem in einer Zeit zu treffen, in denen wir nach den tragischen Geschehnissen in der Waldbachschule wieder einmal realisieren mussten, dass es eine absolute objektive Sicherheit auch hier - im eigentlich doch so überschaubaren Offenburg - nie geben kann und wird. In einer Zeit, in der viele Bürger und Bürgerinnen sich auch angesichts der Krisen und Kriege in der Welt sowieso schon sehr unsicher fühlen und verunsichert sind, das subjektive Sicherheitsgefühl also bereits massiv beeinträchtigt ist.

Wir Grünen hatten immer erwartet, dass sowohl die tatsächliche, also objektive, als auch die gefühlte Sicherheitslage durch eine personelle Verstärkung der Landespolizei verbessert werden würde. Schließlich ist schon lange ist bekannt, dass die Polizei besonders in Offenburg, das immer wieder zu den Kriminalitätshochburgen in Baden-Württemberg zählt, unterrepräsentiert ist.

Es gab vielfältige Bemühungen der unterschiedlichsten Akteure, die Polizei in Offenburg aufzustocken. Sie, Herr Oberbürgermeister Steffens, haben sich in Gesprächen mit dem Land dafür eingesetzt und auch unser Grüner Landtagsabgeordnete hat sich schon vor Jahren deswegen mit Abgeordnetenbriefen an Innenminister Strobel gewandt. Genauso lange monieren zudem Polizeigewerkschaften die Personalsituation in der Landespolizei.

Mittlerweile müssen wir feststellen, dass leider zu wenig passiert ist und die Bemühungen nur unzureichend gefruchtet haben. Zwar wurde immerhin die Bundespolizei im Gegensatz zur Landespolizei deutlich personell gestärkt. Aber sie kann zuständigkeitshalber nur sehr eingeschränkt z.B. am Bahnhof in Offenburg tätig werden und muss zudem wohl auch immer wieder einige ihrer Mitarbeitenden in andere Gebiete des Landes entsenden.

Unsere Fraktion findet es grundsätzlich nach wie vor nicht sachgemäß, dass wir auf Kosten des Stadtsäckels einen kostspieligen Kommunalen Ordnungsdienst letztlich zur Entlastung der

Polizei einführen sollen, weil das Land nicht genügend Polizeikräfte für die Patrouille in Offenburgs Straßen und Plätzen zur Verfügung stellt.

Aber wir müssen - wie Sie in der Beschlussvorlage, Frau Adelman -konstatieren, dass die Polizei aufgrund ihrer begrenzten Personalressourcen nun einmal nicht ausreichend Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. Lärmbelästigungen, aber auch Straftaten wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Körperverletzungsdelikte verhindern oder abstellen kann. Und wir nehmen schon jetzt, bevor das Sicherheitsaudit überhaupt in Auftrag geben wurde, ein in den letzten Jahren gesunkenes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung wahr.

Maßgeblich bei der Entscheidung für oder gegen einen KOD sind für uns daher nicht die immensen Kosten. Wir wären bereit, die Ausgaben aufzubringen, obwohl sie sich auf über eine Millionen Euro für nur drei Jahre belaufen werden, wenn wir über den nächsten Doppelhaushalt hinaus weiterhin 350.00 Euro im Jahr oder sogar noch mehr bereitstellen müssten. Dieses und weiteres Geld wäre es uns der KOD wert, wenn er wirklich eine signifikante Verbesserung bringen würde!

Entscheidend ist für uns also alleine die Frage, ob wir mit einem KOD die subjektive und die objektive Sicherheit in Offenburg deutlich steigern können.

Zunächst zur subjektiven Sicherheitslage:

Wir sehen wie die Verwaltung in der Beschlussvorlage, dass öffentliche Räume qualitativ aufgewertet werden können, wenn uniformierte Kräfte patrouillieren. Zumindest das Sicherheitsgefühl der Offenburger und Offenburgerinnen wird dadurch steigen - das wird wohl niemand im Raum bestreiten wollen.

Fraglich ist jedoch, welche Auswirkungen die Einführung eines KODs auf die objektive Sicherheitslage haben wird.

Wir haben angesichts deutlich geringerer hoheitlicher Eingriffsbefugnisse des KOD im Vergleich zur Polizei Zweifel, dass städtische Bedienstete in den entscheidenden Situationen genauso effektiv wie die Polizei handeln können. Nicht alle polizeilichen Aufgaben können auf den KOD übertragen werden und dieser muss in Gefahrenlagen und beim Vorliegen von Straftaten letztlich erst selbst noch die Polizei einschalten.

Aber wir sind der Auffassung, dass ein adäquat mit städtischen Mitarbeitern besetzter KOD dennoch positiv auf die Sicherheitssituation in Offenburg einwirken kann. Wenn uniformierte Bedienstete in Gefahrensituationen oder aufgeheizten Gemengelage bestimmt, klar und ruhig auftreten, wird das disziplinierend und deeskalierend wirken. Die Begehung von Ordnungswidrigkeiten und möglicherweise sogar von Straftaten kann im Vorfeld unterbunden werden. Menschen, die durch ein erhöhtes Aggressionslevel auffallen, würden durch passende städtische Mitarbeiter „heruntergeholt“ und beruhigt.

Ich denke da auch, aber nicht nur, an diejenigen männlichen Jugendlichen, die anderenorts in hierarchisch geprägten Gesellschaftsstrukturen aufgewachsen sind oder immer noch in derartigen Familienstrukturen hier leben. Diese reagieren manchmal nicht ausreichend auf

die alleinige Ansprache von Sozialarbeitern der aufsuchenden Jugendarbeit – besonders dann nicht, wenn es sich um den Appell von weiblichen Mitarbeitern handelt.

Zwingende Voraussetzung für die gewünschte Wirksamkeit des KOD ist unserer Auffassung nach aber eine sorgfältige Personalauswahl. Wir halten mentale, aber auch körperliche Stärke und die Fähigkeit, bestimmt und klar aufzutreten für unabdingbar. Kurz: Der ideale kommunale Ordnungsbedienstete hat natürliche Autorität.

Die Mitarbeitenden müssen zudem auch in brenzligen Situationen ruhig bleiben und einen kühlen Kopf bewahren können - und dürfen dementsprechend natürlich selbst kein Aggressionsproblem haben. Auch extremistisches Gedankengut, in welche Richtung auch immer, verbietet sich, aber das muss wohl nicht extra betont werden, von selbst.

Die Geschehnisse in der Waldbachschule, an der ein Vater durch beherztes und bestimmtes Eingreifen mutig einen weiteren Amoklauf verhindert hat, führen uns allen vor Augen, dass auch besonnen agierende Menschen, die nicht Polizeibeamte sind, manchmal Schlimmes verhindern und Gefahrensituationen vor Eintreffen der Polizei beenden können.

Wenn der KOD adäquat personell besetzt wird, darf also auf positive Auswirkungen nicht nur auf die subjektive, sondern auch auf die objektive Sicherheitslage in Offenburg gehofft werden. Diese Hoffnung reicht uns nunmehr aus, seine Einführung und die Beschlussanträge der Nrn. 1 bis 3 mehrheitlich zu befürworten. Allerdings regen wir schon heute eine Evaluation des zu erstellenden Konzeptes spätestens zwei Jahre nach dessen Implementierung an.

Ausdrücklich stimmen wir auch der Ausweitung der Straßensozialarbeit zu. Denn der KOD ist nicht die alleinig-seligmachende Lösung, er kann die Defizite im Sozialbereich nicht ursächlich beheben.

Uns ist dabei wichtig, dass die Straßensozialarbeiter auch die Jugendlichen befragen, was sie sich eigentlich wünschen, wo ihnen der Schuh drückt. Insbesondere bei den Jugendräumen bzw. Jugendtreffs gibt es hier unserer Ansicht nach noch Handlungsbedarf - es sind neue, auf die Bedürfnisse der Jugendlichen zugeschnittene Konzepte erforderlich.

Betonen möchten wir auch, dass wir mit unserer Zustimmung zu den genannten Beschlussanträgen keinen Freifahrtschein für jedwedes denkbare Konzept erteilen. Wir werden es uns nach der Vorlage im nächsten Jahr genau ansehen und z.B. auch prüfen, ob unsere Anregungen hinsichtlich der Personalauswahl aufgenommen wurden.

Ablehnen werden wir heute hingegen die Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes in Beschlussantrag Nr. 4.

Zum einen, weil uns das rechtliche Konstrukt trotz Ihrer, Herr Bürgermeister Kopp, ergänzenden Erläuterungen eben immer noch völlig unklar ist. Auch in der Vorlage wird keine Aussage dazu getroffen, wie das Auftragsverhältnis genau ausgestaltet werden soll. Halten Sie

z.B. die rechtlich höchstumstrittene Beilehung von Security mit hoheitlichen Rechten für möglich?

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass ein privater Sicherheitsdienst noch einmal weniger Eingriffsbefugnisse als ein KOD hat, er kann zum Beispiel keine Ordnungswidrigkeiten ahnden und auch keine Platzverweise aussprechen. Damit ist er aber dann auch deutlich unwirksamer und er hat keine Einwirkungsmöglichkeiten, die über die normalen Bürgerrechte wie z.B. das Jedermann-Festnahmerecht nach § 127 StPO hinausgehen.

Zum anderen ist uns eine gründliche Prüfung der Mitarbeitenden sehr wichtig. Ich habe bereits erläutert, welche zwingenden Eigenschaften und Fähigkeiten die Bediensteten des künftigen KOD unserer Ansicht nach mitbringen müssen. Nichts anderes dürfte auch für die des privaten Sicherheitsdienstes gelten – nur sind leider die Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die Personalauswahl beim Sicherheitsdienst sehr begrenzt bzw. gleich Null.

Da wir der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes nicht zustimmen können, werden wir konsequenterweise auch dessen Finanzierung in Beschlussantrag Nr. 5 ablehnen, soweit in den dort genannten Summen das Entgelt für den Sicherheitsdienst enthalten ist. Die hierfür vorgesehenen Mittel kann man anderweitig deutlich sinnvoller im Doppelhaushalt 2024/2025 einsetzen.

Wir beantragen daher die getrennte Abstimmung der Beschlussanträge 1 bis 3 einerseits und der Beschlussanträge 4 und 5 andererseits.

Vielen Dank!

Maren Seifert, Fraktionsvorsitzende GRÜNE Gemeinderatsfraktion Offenburg